

Stadt Kremmen

Kremmen, 17-08-08

Sitzungsniederschrift

Der Finanzausschuss der Stadt Kremmen führte die 13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 20.07.2017 im Rathaus Kremmen, Am Markt 1, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße 1 - um 19.00 Uhr durch.

a) anwesend

Gebauer, Stefanie	Vorsitzende
Brunner, Christoph	Mitglied
Kretzschmar, Andreas	Mitglied
Voigts, Malte	Mitglied
Eschenbach, Manfred	sachkundiger Einwohner
Fiene, Klaus-Peter	sachkundiger Einwohner

b) abwesend

Grund, Herta	sachkundige Einwohnerin
--------------	-------------------------

c) von der Verwaltung anwesend

Herr Busse	Bürgermeister
Frau Schönrock	Kämmerin
Frau Kotke	Schriftführerin

d) Abgeordnete

Herr Tietz, Herr Koop, Herr Förster, Herr Winkler

e) Bürger: 2**f) Presse: MAZ, OGA**

Die Mitglieder waren durch **-ordnungsmäßige** - Einladung vom **11.07.2017** auf **Donnerstag, den 20.07.2017** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Die Ausschussvorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **-ordnungsmäßige** - Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden.

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Finanzausschusssitzung vom 15.03.2017
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Einwohnerfragestunde
5. Stand des laufenden Haushaltsjahres Ergebnis- und Finanzhaushalt inklusive Stand der Abarbeitung der Investitionen 2017 und bisher nicht abgeschlossene Maßnahmen der vergangenen Jahre
6. Auflistung und Kostenschätzung aller außerplanmäßigen Investitionen und Maßnahmen, die in diesem Jahr noch realisiert werden sollen bzw. müssen und die bereits umgesetzt worden sind
7. Sonstiges

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Finanzausschusssitzung vom 15.03.2017
2. Beratung und Beschlussempfehlung: Kündigung Hausverwalterverträge mit der Pruß Hausverwaltung e.K. und Übernahme der Verwaltung durch die Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH
3. Sonstiges

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift Finanzausschusssitzung am 20.07.2017	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enth
	I. Öffentlicher Teil			
1.	Eröffnung der Sitzung Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Gebauer, eröffnet um 19.00 Uhr die 13. Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt die Ausschussmitglieder, sachkundigen Einwohner, zahlreich erschienenen Abgeordneten, Pressevertreter, Bürgerinnen und Bürger sowie die Mitarbeiter der Verwaltung.			
2.	Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Finanzausschusssitzung vom 15.03.2017 Es werden keine Einwendungen vorgetragen, somit gilt der öffentliche Teil der Niederschrift als bestätigt.			
3.	Feststellung der Tagesordnung Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Es wird nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren.			
4.	Einwohnerfragestunde Es werden keine Anfragen gestellt.			
5.	Stand des laufenden Haushaltsjahres Ergebnis- und Finanzhaushalt inklusive Stand der Abarbeitung der Investitionen 2017 und bisher nicht abgeschlossene Maßnahmen der vergangenen Jahre Die Kämmerin, Frau Schönrock, macht Ausführungen zur Ergebnis- und Finanzrechnung und gibt Erläuterungen zu einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten. Sie zeigt auf, dass noch keine Prognosen bei den Ertragsarten erkennbar sind. Die Aufwendungen für die Wohnungsbaugesellschaften fehlen noch, diese werden erst Anfang nächsten Jahres gebucht. Sie gibt Erläuterungen zu den Abschreibungen und beantwortet anschließend Anfragen. U.a. erkundigt sich Herr Eschenbach, ob bei den Abschreibungen die Möglichkeit besteht, die kalkulatorischen Kosten mit einzubeziehen. Frau Schönrock verneint und teilt mit, dass dies verboten sei. Im Rahmen der Haushaltsplanung werden die Abschreibungen hochgerechnet. Eine Abgrenzung erfolgt nur im Testlauf. Herr Brunner spricht die Schlüsselzuweisungen an. Er verstehe nicht, warum überschüssige Einnahmen als Minus und nicht getätigte Ausgaben als Plus ausgewiesen werden. Das sei für ihn nicht nachvollziehbar. Frau Schönrock erklärt, dass dies eine Vorgabe des Ministeriums sei. Herr Voigt erkundigt sich, wann die Schlüsselzuweisungen ausgereicht werden. Frau Schönrock informiert, dass das Ministerium den Termin vorgibt. Sie macht darauf aufmerksam, dass für die Schlüsselzuweisungen nicht die tatsächlichen			

	<p>Einwohnerzahlen, sondern die Zensus-Einwohnerzahlen zugrunde gelegt werden.</p> <p>Zu den Investitionen per 30.06.2017 verweist Frau Schönrock auf die Tischvorlage von Frau Dr. Gebauer, die zu Beginn der Sitzung allen Ausschussmitgliedern ausgehändigt wurde und beantwortet anschließend Anfragen.</p> <p>Herr Förster fragt an, was unter den Hoch- und Tiefbaumaßnahmen - Haltestellen - mit 25,0 T€ zu verstehen ist. Frau Schönrock teilt mit, dass es sich hier um eine Resteübertragung aus 2016 handelt.</p> <p>Herr Koop spricht u.a. die Finanzrechnung an und erkundigt sich, warum die Tilgung der Kredite für die Flüchtlingsunterkünfte in drei Teile gesplittet wurde. Frau Schönrock erläutert, dass es eigentlich nur ein Titel von ihr ist. Bei der KfW-Bank gab es einen 0 %-Zins-Kredit, den die Stadt zwar noch nicht benötigte, aber in Anspruch nehmen wollte. Aus diesem Grund wurde in weiser Voraussicht der Kreditantrag gestellt und die Mittel für Planungsleistungen verwendet und der Straßenbau weiter vorangetrieben. Die KfW hat 2 Mio € für den Bau der Flüchtlingsunterkünfte bereitgestellt, aber es sind nur 1,7 Mio € geflossen. Auch der zweite Kredit wurde bei der KfW-Bank mit einem 0%-Zins aufgenommen und wieder für Straßenbaumaßnahmen verwendet. Diese große Summe, die über die 1,7 Mio € des Flüchtlingsgeländes liegt, ist ein Kommunaldarlehen bei der Sparkasse, die mit 1 oder 2 % getilgt wird. Nach 24 Monaten muss ein Verwendungsnachweis für die ersten beiden Kredite bei der KfW erbracht werden.</p> <p>Herr Koop erkundigt sich, ob eine Aussage über die Gesamthöhe der Tilgung für die Flüchtlingsunterkünfte getroffen werden kann. Frau Schönrock erklärt, dass das aus der vorliegenden Unterlage nicht zu ersehen sei.</p> <p>Herr Busse ergänzt, dass insgesamt 3,2 Mio € Kreditmittel aufgenommen wurden. Nach drei Jahren werden 1,5 Mio € (jährlich 500,0 T€) getilgt. 1,7 Mio € basieren auf eine Mietzeit von 20 Jahren. Wir tilgen lt. Beschluss, der seinerzeit gefasst wurde.</p> <p>Weiterhin spricht Herr Koop den Zaunbau Friedhöfe Kremmen und Flatow an und erkundigt sich über die Bedeutung der Abkürzung uD. Frau Schönrock erklärt, dass die Abkürzung uD „unechte Deckung“ bedeutet. Die Maßnahme ist eine Investition und daher wird es dem Aufwandskonto entnommen und dem Investitionskonto zugeführt. Das Restgeld steht noch zur Verfügung.</p>			
6.	Auflistung und Kostenschätzung aller außerplanmäßigen Investitionen und			

Maßnahmen, die in diesem Jahr noch realisiert werden sollen bzw. müssen und die bereits umgesetzt worden sind

Frau Dr. Gebauer verweist auf die Tischvorlage des Bürgermeisters und bittet ihn um Ausführungen. Herr Busse erläutert zunächst die Begriffe überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben. Anschließend macht er darauf aufmerksam, dass die energetische Sanierung in der Kita Staffelde noch hinzukommt. Diese Maßnahme ist ein Punkt aus dem Energiekonzept. Der Heizungsumbau würde ca. 20,0 T€ betragen und ist seiner Meinung nach auch noch in diesem Jahr realisierbar.

Herr Voigts erkundigt sich, was sich unter dem Punkt 13 - Im Mietvertrag waren Betriebskosten eingeplant, die jetzt durch uns getragen werden - verbirgt. Frau Schönrock erläutert, dass dies die Betriebskosten (Energiekosten) für den Wirtschaftshof sind. Herr Fiene erfragt den Sachstand zur geplanten Randbefestigung der Alten Dorfstraße im OT Groß-Ziethen. Herr Busse informiert, dass der Planer beauftragt wurde und die Realisierung der Maßnahme möglichst noch in diesem Jahr, beginnend mit der linken Seite von Staffelde kommend, erfolgen soll.

Herr Voigts hinterfragt weiterhin, was der Punkt 5 - Baumfällüberwachung Linumhorst - beinhaltet. Herr Busse teilt mit, dass sich hinter dieser Bemerkung das Baumfällgutachten verbirgt.

Zur Position 16 - Zusammenfassung zu einer Investition - erfragt Herr Koop die Bedeutung dieser Bemerkung. Frau Schönrock erläutert, dass für die Schulküche in den letzten Jahren immer zwei Investitionen parallel gelaufen sind (Pflasterung und Außenanlagen). Diese zwei Positionen wurden jetzt zu einer Investition zusammengefasst.

Frau Dr. Gebauer spricht die drei geplanten Investitionen an. Herr Busse merkt hierzu an, dass er als erste Maßnahme die energetische Sanierung in der Kita Staffelde favorisiert. Dann sollten die Fahrradüberdachung angrenzend an die Grünfläche in der Goethe-Schule (die Kostenschätzung ist vorhanden), die Pflasterung auf dem Friedhof Kremmen und die Randbefestigung im OT Groß-Ziethen erfolgen. Es ist noch eine Investitionssumme von ca. 179,0 T€ aus den Baumaßnahmen der Flüchtlingsunterkünfte offen, weil kostengünstiger gebaut wurde, bzw. geplante Maßnahmen nicht realisiert wurden. Aus diesem Grund könnten diese angesprochenen Maßnahmen noch aus dem Investitionshaushalt 2017 realisiert werden. Am 15.08.2017 wird eine Stadtverordnetenversammlung stattfinden, in der es hauptsächlich um Vergaben gehen wird.

	<p>Die Rektorin der Goethe-Grundschule Kremmen, Frau Borchert, erkundigt sich, ob die kleine Halle mit berücksichtigt wurde. Herr Busse informiert, dass im Haushalt 73,0 T€ für Sanierungsmaßnahmen eingestellt sind. Die Halle müsse komplett saniert werden und dazu muss ein Planer beauftragt werden. Eine Ausschreibung an Planungsbüros sei erfolgt. Die Halle habe höchste Priorität, aber ob es zeitlich noch in diesem Jahr realisierbar ist, könne er nicht sagen.</p>			
7.	<p>Sonstiges</p> <p>Anhand einer Power-Point-Präsentation gibt Frau Dr. Gebauer einen Überblick der Kostenentwicklung der Jahre 2013 bis 2016 in der Schulküche Kremmen und zeigt die Steigerungen der Erträge und Aufwendungen auf. Sie macht deutlich, dass die Schulküche im Jahr 2016 ein Defizit von mehr als 100,0 T€ hatte. Diese Summe müsse aus dem Stadthaushalt bezuschusst werden. 2014 betrug der Zuschuss nur 41,5 T€. Grund dafür seien u.a. Tarifierhöhungen sowie die Einstellung eines zweiten Kochs. Demgegenüber stehe ein Rückgang der Essenzahlen seit 2014. Anschließend verteilt sie eine Kalkulation von 2013 und eine vorläufige Kalkulation von 2016 und gibt Erläuterungen. Daraus sei zu ersehen, dass die größte Bezuschussung bei der Essenslieferung anfällt.</p> <p>In der nachfolgenden Diskussion wird aufgezeigt, dass es sich bei der Essenslieferung um eine Dienstleistung handelt, die auch ein Dritter anbieten könne. Man müsse sich Gedanken machen, wo aus der Stadtkasse zugeschossen werden soll und wo nicht. Es herrscht Einigkeit darüber, das Essengeld für Schule, Kita und Hort auch weiterhin zu bezuschussen. Die Lieferung des Essens soll jedoch nicht weiter subventioniert werden. Herr Busse informiert, dass er zur nächsten SVV einen Beschluss zu dieser Thematik einbringen wird. Er berichtet von Gesprächen mit Abgeordneten und dem Seniorenbeirat und informiert, dass die Qualität des Essens gelobt wurde und die Senioren bereit seien, bis zu 1,50 € mehr pro Essen zu bezahlen.</p> <p>Auch die Erwachsenen, die vor Ort ihr Essen einnehmen, können 1,50 € mehr pro Portion zahlen, meint Herr Voigt. Herr Förster spricht sich gegen die Erhöhung des Essengeldes für Senioren auf 5,10 € aus. Senioren sollten sowohl in der Schulküche als auch für die Lieferung des Essens weniger zahlen als andere Erwachsene. Er spricht die Staffelung der Essenpreise bei der Firma Löwenmenü an. Aufgrund der rückläufigen Essenzahlen regt er an, Werbung für unsere Schulküche an das Auto der Schulküche anzubringen.</p>			

<p>Herr Busse berichtet, dass er die Firma Löwenmenü als Alternative für die Essenslieferung vorgeschlagen hatte. Hier handelt es sich um ein privates Unternehmen, das bereits in Kremen Essen liefert. Da aber der Seniorenbeirat mitgeteilt hat, dass die Senioren bereit seien, für das Essen 1,50 € mehr zu bezahlen und die Qualität aus der Schulküche beibehalten werden soll, habe er diesen Vorschlag verworfen.</p> <p>Nach ausgiebiger Diskussion sprechen sich die Ausschussmitglieder für eine Differenzierung der Essenpreise aus und geben einstimmig folgende Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung:</p> <p>Essen vor Ort Erwachsene = 4,80 € Lieferessen Erwachsene = 5,10 € Essen Senioren vor Ort = 4,50 € Lieferessen für Senioren = 4,80 €.</p> <p>Diese Preise sollen mit Einführung des neuen Kassensystems in der Schulküche gelten.</p> <p>Anschließend berichtet Herr Busse über die Nutzung von Recyclingpapier in der Goethe-Grundschule. Er informiert über den Kostenvergleich für normales Kopierpapier und Recyclingpapier in der Verwaltung und zeigt auf, dass pro Quartal ca. 300,00 € Mehrkosten für die Nutzung von Recyclingpapier entstehen würden. Er fragt an, wie die Ausschussmitglieder dazu stehen.</p> <p>Aus Umweltgründen sprechen sich die Ausschussmitglieder für die Nutzung von Recyclingpapier in der Verwaltung aus.</p> <p>Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Frau Dr. Gebauer beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.35 Uhr.</p>			
--	--	--	--